

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement

18. Sitzung
15. Juni 2015

Beginn: 16.34 Uhr
Schluss: 18.31 Uhr
Vorsitz: Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)
Ort: Bezirksamt Neukölln von Berlin
Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Freifunk: Digitales bürgerschaftliches Engagement
über den Dächern Berlins im Aufwind**
(auf Antrag der Piratenfraktion)

[0016](#)
BuergEn

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld dankt dem Bezirk Neukölln sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und die Vorbereitung des Besuchs. – Die Piratenfraktion möge zunächst den Besprechungspunkt begründen, sodann folge die Besichtigung der Freifunk-Anlage.

Alexander Morlang (PIRATEN) führt aus, die Mitglieder des Ausschusses hätten bereits viele Formen und Ausprägungen des bürgerschaftlichen Engagements kennengelernt. Dass auch die Arbeit der Wireless Community Networks, in Berlin zum größten Teil vertreten durch Freifunk, durch das Engagement ehrenamtlich Tätiger erbracht werde, sei kaum jemandem bekannt. Die Anhörung solle Einblicke in den Nutzen geben, die Freifunk großen Teilen der Bevölkerung gewähre, und das Prinzip der gemeinschaftlich genutzten Ressourcen verdeutlichen.

Er plädiere dafür, die Besprechung anschließend zu vertagen. In einer der nächsten Sitzungen solle sich der Ausschuss mit den Möglichkeiten befassen, dieses ehrenamtliche Engagement ggf. zu fördern.

[Unterbrechung der Sitzung anlässlich der Besichtigung
der Freifunk-Anlage auf dem Dach des Rathauses Neukölln
von 16.40 bis 17.23 Uhr]

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Frau Monic Meisel und Herrn Philipp Borgers vom Förderverein Freie Netzwerke e. V. für die Führung und die Erläuterung der Freifunk-Anlage.

Steffen Meyer-Tippach (Medienanstalt Berlin-Brandenburg, Hörfunk und Digitale Projekte) führt aus, die Medienanstalt Berlin-Brandenburg – mabb – sei originärerweise für Fragen rund um den Rundfunk zuständig, fördere seit Anfang 2013 aber auch Freifunk als neue zeitgemäße Übertragungsmöglichkeit von Rundfunkinhalten. Während das landläufig bekannte Internet zentral organisiert sei, handele es sich bei Freifunk um eine dezentrale IT-Infrastruktur in Bürgerhand und um Gemeinschaftsnetze, die der Allgemeinheit zur Verfügung stünden. Der Zugang stehe allen offen, Zensur finde nicht statt. Freifunk sei Teil der Sharing Economy. Diese Form von gemeinschaftlich genutzten Ressourcen sei auch unter dem Begriff Allmende bekannt.



Freifunk

- Gemeinschaftsnetze (*Allmende*)
- Dezentrale IT-Infrastruktur (Mesh)
- für alle zugänglich
- keine Zensur
- Sharing Economy

Die mabb habe in den letzten Jahren weitere Projekte zur Nutzung von WLAN im öffentlichen Raum gestartet, und zwar unter dem Label PUBLIC WIFI – PUBLIC WIFI Berlin und PUBLIC WIFI Potsdam. Das erste, im Jahr 2012 mit Kabel Deutschland begonnene Projekt habe zum Ziel gehabt, 100 öffentliche WLAN-Hotspots in Berlin und Potsdam aufzubauen, über die jedem ohne Registrierung und Anmeldung der freie Zugang zum Internet für 30 Minuten täglich ermöglicht werde. Der Aufbau der Hotspots sei im September 2013 abgeschlossen worden; das auf zwei Jahre begrenzte Projekt ende im September 2015. Die mabb stehe derzeit mit Kabel Deutschland darüber im Gespräch, dass das Projekt nach Ausscheiden der mabb fortgeführt werde.

WLAN-Projekte der Medienanstalt Berlin-Brandenburg

1. Projekt mit Kabel Deutschland
2. Förderung von Freifunk
3. TV White Spaces

Mit dem Förderverein Freie Netzwerke e. V. laufe ein weiteres Projekt, mit dessen Hilfe geklärt werden solle, inwieweit WLAN-Technologie unterhalb von 1 Gigahertz – GHz – zur Anwendung kommen könne, inwieweit also das Rundfunkspektrum, das normalerweise für DVB-T oder DVB-T2 zur Verfügung stehe, auch für WLAN-Technologie genutzt werden könne.



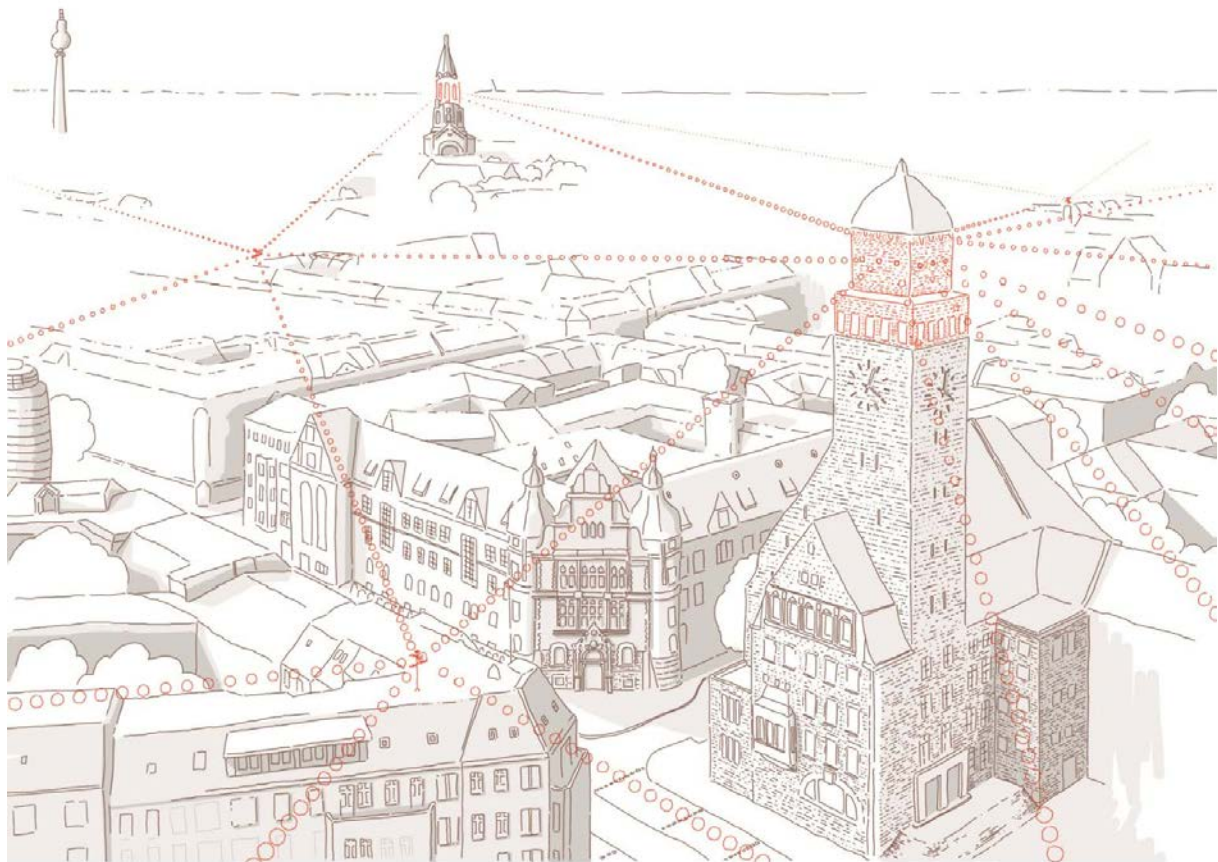
Die Darstellung zeige, wie Freifunk im Idealfall, hier dargestellt auf Kiezebene, funktionieren. Wenn viele Kiezbewohnerinnen und -bewohner ihren Internetzugang, ihren Router freifunktauglich machten, würde ein Bürgernetz entstehen, das sich über den gesamten Kiez spannte. Dieses Netz funktioniere unabhängig vom Internet; darüber könnten also Dienste wie Videotelefonie oder ein Datentransfers u. Ä. angeboten werden, ohne dass das Internet genutzt werde.

Das größte zusammenhängende Freifunk-Netz in Europa sei jenes in Athen. Dort seien 27 000 Knotenpunkte über die gesamte Stadt verteilt und miteinander „vermesht“. Das Funknetz biete eigene Dienste für z. B. Videospiele oder Angebote für Kurzmitteilungen und Videotelefonie an, wiederum alles ohne Zugang zum Internet. Freifunk werde immer wieder mal auf die Möglichkeit des freien Internetzugangs reduziert; dieser sei jedoch nur ein Aspekt der Freifunk-Idee.

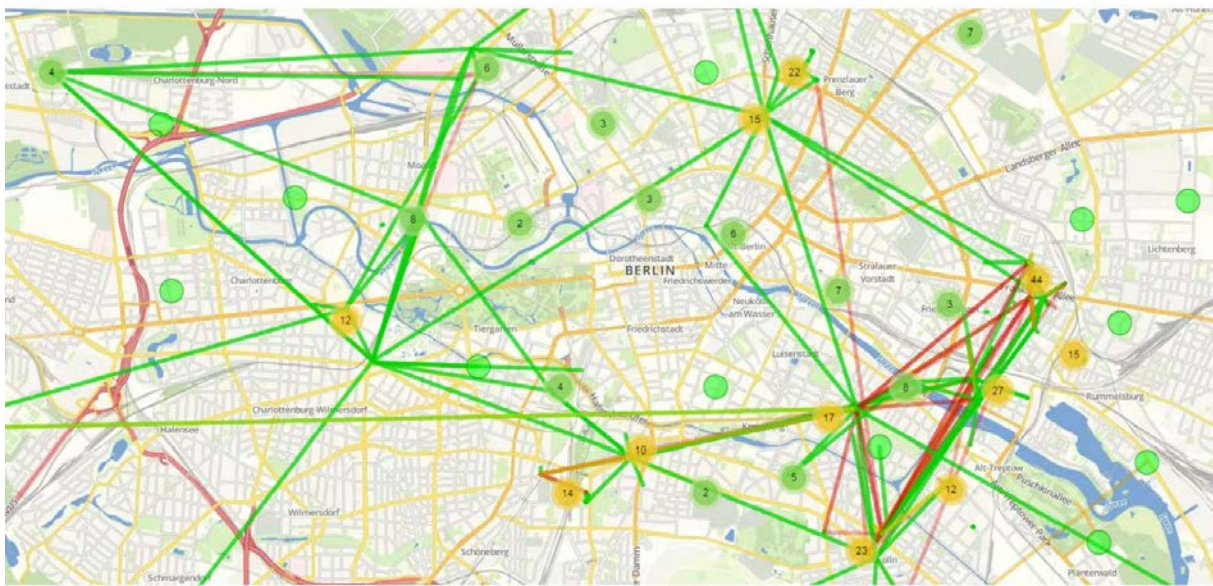
Die mabb fördere den Förderverein Freie Netzwerke e. V. seit 2013 mit einer Zuwendung von bislang insgesamt 90 000 Euro. Die Förderung habe mit 30 000 Euro begonnen, sodann seien zwei Anschlussfinanzierungen in Höhe von 10 000 Euro bzw. 40 000 Euro gefolgt. Vor zwei Monaten habe der Medienrat der mabb beschlossen, das Projekt noch einmal mit 10 000 Euro zu fördern. Die Zuwendung sei eine Fehlbedarfsfinanzierung; hierüber würden die Kosten der verbauten Hardware – Richtfunkantennen, Hubs und Switches etc. – gedeckt. Letztlich werde dadurch der Ausbau des Berliner Backbone gefördert. Nicht gefördert werde hingegen die für

die Installation der Antennen etc. zu leistende Arbeit. Diese wie auch alle weiteren Tätigkeiten der Freifunker erfolgten im Rahmen ihres ehrenamtlichen Engagements.

Das Backbone sei eine „Datenautobahn“, über die die Teilbereiche eines Netzwerks verbunden seien. Jeder Telekommunikationsanbieter, jeder Kabelnetzbetreiber verfüge über ein Backbone, über ein zusammenhängendes Glasfasernetz. Das Backbone der Berliner Freifunker verlaufe über den Dächern der Stadt. Dieses eigene Intranet biete noch keinen Zugang zum Internet, sondern sei zunächst einmal nur die Infrastruktur, die Freifunk in ehrenamtlicher Arbeit aufgebaut habe. Einer der Knotenpunkte Berlins befinde sich im Turm des Rathauses Neukölln. Die Darstellung zeige, welche Richtfunkverbindungen vom Turm über die Stadt aufgebaut würden.



Die Karte, die nur einen Ausschnitt der Stadt darstelle, zeige den Stand der Richtfunkverbindungen von vor zwei, drei Monaten, die in den letzten zwei Jahren aufgebaut worden seien. Auch die mabb sei Teil des Berliner Backbone; auf dem Dach des Gebäudes Kleine Präsidentenstraße 1 seien im letzten Sommer Freifunkantennen installiert worden. Damit würden auch die angrenzenden Parkanlagen Monbijoupark und James-Simon-Park mit freiem, kostenlosem Internetzugang versorgt.



Im Folgenden seien einige Standorte aufgeführt, die durch die mabb-Förderung in den letzten zwei Jahren erschlossen worden seien. Die Museumsinsel solle im Laufe dieses Jahres mit Freifunk ausgestattet werden.

Standorte

- Rathaus Neukölln
 - Rathaus Kreuzberg
 - Segenskirche
 - Zwinglikirche
 - Samariterkirche
 - MABB
 - Teufelsberg
 - Museumsinsel (2015)
- etc. etc.

In Berlin existierten insgesamt über 350 WLAN-Knoten. Die nächste Herausforderung bestehe darin, mit Freifunk von den Dächern auf die Straße zu gelangen, damit auch die Bürgerinnen und Bürger einen Nutzen daraus ziehen könnten. Gelingen es, das Backbone auf die Straße zu bringen, werde sich die Zahl der Knoten noch einmal erhöhen.

Freifunk sei zwar Mitglied bei BCIX – Berlin Commercial Internet Exchange –, worunter sich Firmen wie Kabel Deutschland oder Tele Columbus zusammengeschlossen hätten, um gegenseitig Daten auszutauschen, Freifunk sei aber kein kommerzieller Internet Service Provider. Dies gelte es zu betonen, da die Freifunker auch schon einmal mit einem Dienstleister verwechselt würden. In Gesprächen mit Gebäudeeigentümern seien sie z. B. nach einer kostenfreien Service-Hotline gefragt worden, die nicht existiere; die Arbeit von Freifunk werde ehrenamtlich ausgeübt.

Die Begleitung, die die mabb in den letzten zwei Jahren geleistet habe, sei im letzten Jahr intensiviert worden. So habe sie beispielsweise die den Ausschussmitgliedern vorliegende Broschüre „WLAN für alle – Freie Funknetze in der Praxis“ herausgegeben, in der die Funktionsweise der Freifunk-Initiative erläutert werde. Die erste Auflage der Anfang des Jahres

erschienen Broschüre sei innerhalb einer Woche vergriffen gewesen; vor knapp zwei Monaten sei die zweite Auflage erschienen. Darin werde erläutert, was Freifunk leisten bzw. nicht leisten könne und welche Hürden zu nehmen seien. Hürden stellten beispielsweise der Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung sowie der Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie – BMWi – zur Neuregelung der §§ 8 und 10 des Telemediengesetzes dar.

Zu den wichtigsten Erkenntnissen, die die mabb in den letzten zwei Jahren gesammelt habe, gehöre, dass die Rahmenbedingungen für Freifunk verbessert werden müssten, und zwar nicht nur auf rechtlicher Ebene seitens des Gesetzgebers, Stichwort: Vorratsdatenspeicherung bzw. Telemediengesetz, sondern vor allem auch auf regionaler bzw. lokaler Ebene. Um die Antennen auf den Dächern installieren zu können, müsse der Förderverein jedem einzelnen Gebäudeeigentümer gegenüber Überzeugungsarbeit leisten und erklären, wie Freifunk funktioniere und welche Idee sich dahinter verberge. Mit jedem Einzelnen sei sodann ein Vertrag abzuschließen. Dies binde sehr viel Zeit der im Freifunk ehrenamtlich Tätigen. Das Land Berlin könnte die Freifunk-Initiative unterstützen, würde es ihr einen problemloseren Zugang zu öffentlichen Gebäuden verschaffen, wodurch die geschilderte Überzeugungsarbeit entfallen könnte. Die Bezirksverordnetenversammlung – BVV – von Neukölln und jene von Kreuzberg hätten einer Antenneninstallation auf ihrem jeweiligen Rathaus bereits zugestimmt. In Trepow-Köpenick sei eine solche Nutzungsmöglichkeit hingegen noch ungewiss.

Erkenntnisse und Forderungen

1. Rahmenbedingungen für Freifunk müssen verbessert werden
1. WLAN im öffentlichen Raum funktioniert nicht als eigenständiges Geschäftsmodell
3. Sicherung des einfachen Zugangs
4. aktueller Entwurf des BMWi behindert den Ausbau
5. Öffnung der Telefonzellen als Breitbandzugangspunkte im öffentlichen Raum (Rekommunalisierung)

Eine Erkenntnis, die die mabb u. a. aus dem Projekt mit Kabel Deutschland gezogen habe, sei, dass WLAN im öffentlichen Raum nicht als eigenständiges Geschäftsmodell funktioniere.

Die Sicherung des einfachen Zugangs zum WLAN-Netz müsse gewährleistet werden. Der Gesetzentwurf des BMWi behindere allerdings den weiteren Ausbau des Freifunk-Netztes, was einem Schlag ins Gesicht für eine ehrenamtlich tätige Initiative gleichkomme, die seit über zehn Jahren IT-Infrastrukturen auch an Orten aufbaue, an denen das Interesse von Politik oder Wirtschaft recht gering ausgeprägt sei.

Die im öffentlichen Raum noch vorhandenen Telefonzellen seien im Übrigen perfekte Breitbandzugangspunkte, da sie sich auf Höhe der Nutzerinnen und Nutzer befänden. Im Zuge der Rekommunalisierung könnten sie zur Nutzung für Freifunk in Betracht kommen.

Markus Beckedahl (netzpolitik.org) erläutert, bei Freifunk bzw. den freien Community-Netzwerken handele es sich letztlich um in der Praxis ausgeübte Medienkompetenz. Die an dem Netzwerk Beteiligten teilten ihr Wissen miteinander und wendeten es mithilfe einer – in der Regel viel zu selten vermittelten – Technikkompetenz an. Es wäre wünschenswert, würde diese Medien- und Technikkompetenz sehr viel häufiger vermittelt, würden die Strukturen dafür stärker ausgebaut, um das Wissen an noch mehr Menschen weiterzugeben.

Durch die Open-Source-Idee liefere Freifunk auch einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit. Wenn in Berlin Hacker und Ingenieure in ihrer Freizeit an Protokollen arbeiteten, um den Datenaustausch zu verbessern, oder sich mit Technologien befassten und erprobten, mit welchen Antennen eine noch bessere Datenvermittlung über Funk möglich sei, werde dieses Wissen letztlich auch weitergegeben. Diese Entwicklungen würden vielen Menschen in Afrika und anderen Regionen helfen, ihr Leben zu verbessern.

Freifunk klinge zwar nach kostenlosem Internet, funktioniere jedoch nicht kostenlos. Ein Teil der ehrenamtlichen Tätigkeit der Freifunker werde darauf verwendet, Antennen auf Dächern zu montieren. Sehr viel aufwendiger gestalteten sich allerdings die schon erwähnten Gespräche mit den jeweiligen Ansprechpartnern, um eine Erlaubnis für die Installation der Antennen zu erhalten. In diesen Gesprächen müssten Ängste abgebaut und Fragen geklärt werden, ob z. B. ein Blitzableiter benötigt werde, ob die Anlage zertifiziert werde – eine Aufgabe, die die mabb gerade übernehme –, bzw. wer letztlich die fünf Euro für den Strom bezahle. Das Land könnte diese Kosten quasi aus der Portokasse zahlen.

Berlin präsentiere sich gerne und auch zu Recht als digitale und offene Stadt. Freifunk biete eine Möglichkeit, dieses Thema abseits der Start-up-Kultur unter einem nichtkommerziellen Aspekt zu promoten. Freifunk-Communities seien in vielen Städten der Welt aktiv. In keiner anderen Stadt gebe es aber eine so agile, innovative Freifunk-Community wie in Berlin. Nicht von ungefähr kämen die globalen Free Network Communities einmal im Jahr zum Wireless Community Weekend in der C-Base in Berlin zusammen; das letzte Treffen habe vor einem Monat stattgefunden. Wenn, was zu vermuten stehe, keine finanziellen Mittel zur Förderung dieser Bewegung zur Verfügung stünden, könnten sich die Mitglieder des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement aber beispielsweise damit beschäftigen, wie es gelinge, gesellschaftliche Akzeptanz für Freifunk oder andere Open-Source-Communities zu schaffen bzw. zu befördern. Die Communities schafften mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit einen volkswirtschaftlichen Mehrwert, der allerdings schwer zu berechnen sei. So überfordere auch die Berechnung des Wertes beispielsweise von Wikipedia mit den zig dafür aufgewendeten Stunden ehrenamtlicher Arbeit jeden kompetenten Volkswirtschaftler, obwohl ständig auf diese freie Enzyklopädie zugegriffen werde und das dahinterstehende Prinzip bestens funktioniere.

Mit – beispielsweise – der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes o. Ä. explizit an Open-Source-Aktivisten – an Wikipedianer oder Freifunk-Aktivisten – könnte ein Zeichen gesetzt werden, dass Gesellschaft und Staat diese Form des ehrenamtlichen Engagements akzeptierten und wertschätzten. Diskutiere er mit älteren Menschen über Themen wie Wikipedia oder Freifunk etc., habe er nicht selten den Eindruck, dass die in diesem Bereich Engagierten noch immer als „Freaks“ angesehen würden. Eine wie auch immer geartete offizielle, seitens des Staates vorgenommene Würdigung würde dazu beizutragen, das digitale bürgerschaftliche Engagement von diesem Nimbus zu befreien und die notwendige Akzeptanz gerade auch bei Älteren zu erhöhen.

Wesentlich für die Arbeit der Freifunk-Community seien politische Rahmenbedingungen, die sie nicht, wie dies heute noch immer der Fall sei, in ihrer Arbeit behinderten. Die Freifunk-Aktivisten hätten vielleicht die Zeit, um finanzielle Mittel aufzutreiben, Kirchenräte von der Installation von Antennen auf Kirchtürmen zu überzeugen bzw. die Antennen letztlich auch anzuschließen, um das Netzwerk zu betreiben. Problematisch sei allerdings eine falsche Netzpolitik – wenn beispielsweise das Thema Störerhaftung nicht so gelöst werde, dass es kein Problem mehr darstelle, wenn ständig Urheberrechtsverletzungen drohten – ein Thema, das bei all jenen Ängste wecke, die ihr Netzwerk teilen wollten –, wenn rechtliche Fragestellungen im Raume stünden wie z. B. jene, ob, wenn in Deutschland mehr als 10 000 einzelne Netzwerkknoten existierten, die Community als Provider zu zählen sei, was wiederum die Notwendigkeit des Einbaus von Überwachungsschnittstellen nach sich ziehen würde, oder wenn Gesetze und Verordnungen, die an große kommerzielle Anbieter gerichtet seien, letztlich auch auf Freifunk Anwendung fänden. Die Politik könnte entweder Ausnahmen für die Freifunk-Communities vorsehen oder sich gleich um bessere Gesetze bemühen.

Monic Meisel (Förderverein Freie Netzwerke e. V.) berichtet, gemeinsam mit anderen habe sie vor über 14 Jahren die Freifunk-Initiative in Moabit gegründet. Da zu dieser Zeit noch keine Internetzugänge existierten, es kein DSL gegeben habe, sei man auf die Idee gekommen, eine eigene lokale Infrastruktur aufzubauen, die es ermögliche, vorhandene Internetzugänge zu teilen. Über dieses zunächst als Intranet aufgebaute System könne jeder Freifunker, jede Freifunkerin seinen bzw. ihren Internetzugang, sofern vorhanden, mit anderen teilen oder auch öffentlich als public WIFI zur Verfügung stellen, was eigentlich alle im Freifunk Aktiven täten.

Der Förderverein sei im Jahr 2003 gegründet worden. Nachdem erste Veranstaltungen zur Vernetzung auf lokaler und überregionaler Ebene im deutschsprachigen Raum angestoßen worden seien, habe man Kontakt zu internationalen Gruppen gefunden und festgestellt, dass nicht nur in ländlichen Regionen in Deutschland, sondern überall auf der Welt sogenannte Areas of Market Failure existierten. Weitere internationale Events seien gefolgt; der Verein habe viele Unterstützer/-innen gefunden und selbst vom Dalai Lama einen Unterstützerbrief erhalten. Gemeinsam mit anderen Community-Netzwerken auf der ganzen Welt habe der Verein die Voraussetzungen dafür entwickelt, dass sich auch technisch weniger versierte Menschen am Aufbau dieser Infrastruktur beteiligen könnten. Um Inklusion und Chancengleichheit zu gewährleisten, sei eine freie Software entwickelt worden, die so benutzerfreundlich gestaltet sei, dass es jedem möglich sei, einen Router aufzusetzen und sich selbstständig an dem Netzwerk zu beteiligen.

In Deutschland existierten derzeit über 15 000 Freifunk-Knoten. Dies sei etwa die Hälfte aller überhaupt in Deutschland verfügbaren freien Internetzugänge. Die Hotspots würden offen und anonym zugänglich gemacht. Nach Auffassung der Freifunker sei der Zugang zu einem neutralen Netz ein Menschenrecht, das sich aus den Grundrechten ableite – dem Recht auf Bildung und Information. Wie bereits von ihren Vorrednern dargestellt, bedeute „frei“ bei Freifunk nicht kostenlos, sondern beziehe sich in erster Linie auf den Aspekt der Freiheitlichkeit. Die Kosten würden von allen geteilt. Im Sinne der Allmende trage jeder einen kleinen Beitrag, damit etwas Großes entstehe.

In Berlin existierten ca. 350 WLAN-Knoten, was bei Weitem nicht die höchste Anzahl an Freifunk-Zugängen innerhalb einer deutschen Stadt sei. In Hamburg oder selbst in Paderborn falle die Zahl wesentlich höher aus. Die Besonderheit in Berlin sei allerdings, dass hier, dank der Förderung durch die mabb, das Backbone habe aufgebaut werden können. Das Netz in anderen deutschen Städten wachse auf andere Art und Weise. Dort würden sich die Knoten auf der unteren Ebene verbinden, indem viele Menschen Router aufstellten, während in Berlin große Antennen auf den Dächern aufgebauten würden. Für die Freifunker/-innen in anderen Städten liege darin der nächste Schritt, wohingegen es in Berlin genau andersherum funktioniere. In der Broschüre der mabb werde das in Arnshagen gewählte Modell vorgestellt, wo eine Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Verkehrsverein, Unternehmen und Freifunkern stattgefunden habe, um die Innenstadt zu vernetzen. Eine solche Kooperation lasse sich in einer kleineren Kommune, in der die Beteiligten einander gut kennen, vielleicht einfacher realisieren als in Berlin. Allerdings stelle sich auch für Berlin die Frage, wie die hier schon existierenden Möglichkeiten in die Breite skaliert werden könnten. Die dazu bereits erstellten Konzepte stelle sie dem Ausschuss gerne zur Verfügung. Es wäre wünschenswert, Unterstützung für die Umsetzung solcher Konzepte zu erhalten.

Ebenso wünschenswert wäre es, könnten mehr öffentliche Einrichtungen und Standorte für Freifunk-Antennen genutzt werden. Dabei sollte es nicht allein bei Dachstandorten bleiben, vielmehr sollte das Netz, wie in Kreuzberg, auch den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden. Der Verein wünsche sich zudem einen festen Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung, der die Freifunker/-innen unterstütze und ihnen dabei helfe, Konzepte sowohl zu entwickeln als auch umzusetzen. Für ein an einer Schule geplantes Pilotprojekt, das mit engagierten Lehrern und einer WLAN-AG umgesetzt werden solle, müsse auf dem Schuldach eine Antenne installiert werden, wozu Gespräche des Vereins nicht nur mit der Schulbehörde, sondern auch der Denkmalschutzbehörde etc. anstünden. Für diesen langwierigen und zeitraubenden Part wünsche man sich Unterstützung. Falls Interesse bestehe, biete sie an, auf die Verwaltung stärker zuzugehen und Infoveranstaltungen anzubieten, um das Thema einem breiteren Publikum innerhalb eines größeren Rahmens näherzubringen.

Notker Schweikhardt (GRÜNE) erkundigt sich, wer die Folgekosten für Wartung und Erneuerung etc. der mithilfe der mabb finanzierten Anlagen trage. – Er begrüße, dass bei Freifunk keine Zensur ausgeübt werde. Wie aber werde das Netz vor Missbrauch geschützt – Stichwort: Islamisierung, Faschismus, Verfassungsfeinde –, oder trete das Problem nicht auf? Welche Bedenken würden die jeweiligen Eigentümer äußern, die der Verein für eine potenzielle Nutzung von Gebäuden anspreche? Auffällig sei, dass der Flughafen Tempelhof nicht entsprechend genutzt werde. Woran scheiterten manche Versuche zur Nutzung von Gebäuden?

Bestehe die Gefahr einer Abhängigkeit von Technologieträgern, oder seien in diesem Bereich keine Monopolstrukturen zu beklagen? Stünden tatsächlich noch genügend öffentliche Telefonzellen zur Verfügung, die für Freifunk von Nutzen seien? Wer sei Mitglied im Förderverein – vornehmlich Aktivist/-innen oder auch Vertreter von Industrie und Verbänden? Lasse sich Freifunk auch mobil nutzen, beispielsweise für Einsätze des Technischen Hilfswerks – THW – in Katastrophengebieten?

Welche Art der Nutzung stehe bei Freifunkern im Vordergrund – das Telefonieren, das Versenden von Kurznachrichten, die Internetnutzung? Reiche die zur Verfügung stehende Bandbreite aus, wenn alle Teilnehmer/-innen das Funknetz gleichzeitig nutzten? – In welcher Auflagenhöhe sei die mabb-Broschüre jeweils erschienen?

Danny Freymark (CDU) räumt ein, das Thema Freifunk sei ihm bislang kaum begegnet. Im Koalitionsvertrag sei verabredet, freies WLAN für die Stadt zur Verfügung zu stellen. Er habe den Eindruck, dass diesem Anspruch bis heute nicht Genüge getan werde. Bei einem Gespräch der CDU-Fraktion mit Staatssekretär Böhning vor ca. einem halben Jahr sei vor allem zur Sprache gekommen, was nicht umsetzbar sei, während sich die Anzuhörenden offenbar schon seit mehr als zehn Jahren damit beschäftigten, was in diesem Bereich realisierbar sei. Was müsste die Politik, was wiederum könnten die Freifunker leisten, damit freies WLAN in Berlin verfügbar sei? Hilfe eine Potenzierung der bisherigen Stationen? – Wie würden die einzelnen Nutzerinnen und Nutzer vor Missbrauch geschützt, beispielsweise wenn jemand auf die Idee kommen sollte, über Freifunk ungefragt eine Website im Namen eines anderen einzurichten?

Er stehe den Freifunkern gerne zur Verfügung, um sie in seinem Wahlkreis Lichtenberg in ihren Aktivitäten zu unterstützen.

Uwe Doering (LINKE) sagt zu, sich in Treptow-Köpenick nach dem Stand der Dinge in Sachen Freifunk zu erkundigen. – Der Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit des Berliner Abgeordnetenhauses diskutiere seit geraumer Zeit über die Umsetzung der im Koalitionsvertrag enthaltenen Vereinbarung, freies WLAN flächendeckend, also nicht nur innerhalb des S-Bahn-Rings, anzubieten. Welche Rolle spielten die Freifunker bei den diesbezüglich vom Senat angestellten Überlegungen?

Die Koalitionsfraktionen wiesen darauf hin, dass bei Ausschreibungen gleiche Bedingungen herrschen müssten. Sei es möglich, für Freifunker andere Ausschreibungsbedingungen zu schaffen, weil sie rein ehrenamtlich arbeiteten?

Wer sei bei Freifunk aktiv, und wie viele Personen seien an der Community beteiligt? Seien alle untereinander innerhalb einer festen Struktur vernetzt? Wie viele Mitglieder habe der Förderverein? Wer unterzeichne die Verträge mit Hausbesitzern, Kirchen etc.? Wer übernehme die Haftung, beispielsweise wenn das Netz missbraucht werde?

Es sei begrüßenswert, dass die mabb die Kosten für die Hardware übernommen habe. Wer trage die Folgekosten? Existiere dafür ein Fonds?

Ulker Radziwill (SPD) dankt den Anzuhörenden für die Informationen und die Führung. – Auf welcher Ebene sollte der erwähnte Ansprechpartner idealerweise angesiedelt sein? Welche Anzahl an Knotenpunkten wäre für Berlin optimal?

Wie sehe die technische Umsetzung aus, um das Netz von den Dächern auf die Straße zu holen? Wie schnell schreite die technische Entwicklung im Bereich des Freifunks voran? Wie verhalte es sich mit Störsendern u. Ä.?

Die beachtliche Leistung der Freifunker verdiene es, dass sich die Mitglieder des Ausschusses in den Rathäusern nach der Möglichkeit erkundigten, ob die Dächer und Türme für einen Anschluss zur Verfügung gestellt werden könnten. Sie werde dem in Charlottenburg-Wilmersdorf nachgehen.

Wie sei es den Aktivist/-innen in Athen möglich gewesen, zu der Vielzahl an Knotenpunkten zu gelangen? Seien sie finanziell unterstützt worden?

Alexander Morlang (PIRATEN) begrüßt die erfolgte Förderung durch die mabb. Wie viele Standorte seien noch geplant? Wie gehe es sodann weiter?

Staatssekretärin Hella Dunger-Löper (SKzl) bittet die Anzuhörenden, aus der Perspektive potenzieller Nutzerinnen und Nutzer zu schildern, wie diese an Freifunk teilhaben, welchen Nutzen sie daraus ziehen könnten und warum sich die Idee noch nicht in der Breite durchgesetzt habe. Wie werde die Partizipation nicht nur der technisch interessierten und versierten, sondern aller Menschen ermöglicht?

Monic Meisel (Förderverein Freie Netzwerke e. V.) erläutert, Inklusion finde auf verschiedenen Ebenen statt. Die bei Freifunk Aktiven würden nicht nur Antennen installieren, sondern auch Vorträge halten oder Informationsveranstaltungen durchführen. Freifunker/-innen seien regelmäßig bei Stadtteilstesten oder Events vertreten, um die Bürgerinnen und Bürger mit dem Thema vertraut zu machen und sie zu informieren. Auch die Zusammenarbeit mit Schulen sei eine interessante Möglichkeit, das Thema Freifunk bekannt zu machen. Ein Aktivist werde beispielsweise ein Projekt in einer Kreuzberger Schule zum Thema WLAN und Freifunk anbieten.

Der Zugang zum Freifunk-Netz sei simpel: Öffne man WLAN auf dem Handy, iPad etc., würden die Hotspots angezeigt. Vermutlich werde sich nur ein frei zugängliches Netz anbieten, das in der Regel berlin.freifunk.net – woanders beispielsweise hamburg.freifunk.net. – laute. Dieses gelte es auszuwählen, schon sei der Zugang zu diesem Netz erfolgt. Jeder könne daran teilnehmen, ohne seine Daten preisgeben zu müssen.

In Berlin bestehe eine Backbone-Infrastruktur auf den Dächern. Diese stelle Richtfunkverbindungen her, um das Netzwerk an sich zu etablieren. Damit es genutzt werden könne, müsse es auf die Straße gelangen. Dafür seien manche Antennen auf dem Dach nach unten gerichtet, um beispielsweise den Vorplatz des Rathauses Neukölln auszustrahlen. Von dort bzw. sobald man ein Freifunk-Netz sehe, könne jeder seinen Router mit der Freifunk-Software bespielen. Die Website des Fördervereins beispielsweise biete Anleitungen, um das Freifunk-Netz selbstständig zu erweitern. Mit jedem Knoten, der neu hinzukomme und sich mit anderen verbinde, erweitere sich das Knotennetz. Um das Netz vom Dach auf die Straße zu leiten,

benötige es auf der mittleren Ebene noch weitere Aktivist/-innen, die ihre Antennen nach unten richteten, damit sich auf der unteren Ebene eine stärkere Vernetzung bilden könne.

Wer bei Freifunk mitmachen wolle, müsse sich einen Router kaufen – Einstiegsgeräte kosteten ca. 15 Euro –, diesen mit der auf der Website des Vereins verfügbaren Software bespielen und ihn anschließen. Sobald man Router von anderen entdeckte, die auch bei Freifunk teilnahmen, sei man zunächst einmal im Freifunk-Intranet. Eine weitere Möglichkeit bestehe darin, den eigenen Internetanschluss an den Router anzuschließen und dann zu bestimmen, wie viel Bandbreite des eigenen, bereits bezahlten Anschlusses der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden solle.

Größere Installationen würden über Fördermaßnahmen oder Spenden an den Förderverein finanziert. In Deutschland existierten viele weitere Freifunk-Vereine oder auch Vereine, die Freifunk-Initiativen unterstützten; um mitmachen zu können, müsse man nicht Vereinsmitglied werden.

Der Förderverein sei der erste Freifunk-„Verein“, der sich bewusst nicht so nenne, da Freifunk eine freie Initiative sei. Der Förderverein fördere tatsächlich nur. Er bestimme nicht, in welche Richtung sich das Netz entwickle; dies liege in der Hand der Community. Der Verein habe 15 Vollmitglieder und ca. 30 Fördermitglieder. Die Anzahl der Mitglieder sei nicht von besonderer Relevanz, da der Förderverein keine federführende, bestimmende Rolle einnehme und auch nicht die des Dachverbands einnehme, sondern vornehmlich dafür da sei, hier und da eine Fördermaßnahme entgegenzunehmen, Spendenquittungen auszustellen und Haftpflichtversicherungen abzuschließen für Dachinstallationen und alle, die sich in Deutschland auf die Dächer begäben, um dort die Antennen anzuschließen. Mitglied im Verein seien lediglich Privatpersonen, nicht hingegen Unternehmen. Nicht selten würden aber Unternehmen, die die Freifunk-Idee gut fänden, den Verein unterstützen, indem sie Server oder Bandbreite etc. zur Verfügung stellten. Selbst kommerzielle Internetprovider würden dem Verein Bandbreite oder Virtual Private Networks-Zugänge – das zum Thema Überbrücken der Störerhaftung – bereitstellen.

Die Mesh-Netzwerke seien selbstorganisierend bzw. organisierten sich auch immer wieder neu. Ein Router könne durchaus ins Auto, in den Zug oder in den Rucksack gepackt werden; überall dort, wo er ein Freifunk-Netz finde, werde er sich damit verbinden. Sollte ein Internetanschluss bestehen, sei dieser über den Zugang sowieso offen. Freifunk-Initiativen beispielsweise in Amerika leisteten tatsächlich einen Beitrag im Bereich Katastrophenschutz bzw. bei Notfallszenarien, wie der Verein auf Einladung der Stanford-Universität erfahren habe. Sollte der zentrale, organisierte Internetknoten weggeweht worden sein, würde das Freifunk-Netz, das unabhängig vom Internet sei, zum einen immer noch bestehen, zum anderen könnte diese Infrastruktur sehr schnell wieder etabliert werden, weil zu hoffen stehe, dass zwischenzeitlich genügend Menschen erfahren hätten, wie einfach es sei, derlei aufzusetzen bzw. zu installieren.

Steffen Meyer-Tippach (mabb) führt aus, bei der durch die mabb vorgenommenen Förderung sei der Förderverein Freie Netzwerke e. V. der Zuwendungsnehmer gewesen. Er habe die Fördermittel abgerufen, die Hardware angeschafft und, wie zuvor beantragt, eine bestimmte Anzahl an Antennen etc. eingelagert, um ausfallende Technik ersetzen zu können. Die Förderung durch die mabb sei endlich.

Die Stromkosten würden zum größten Teil von den Gebäudeanbietern übernommen. Die mabb zahle seines Wissens ca. 50 Euro Stromkosten im Jahr für die auf ihrem Gebäude installierte Anlage.

Die erste Auflage der Broschüre habe 1 000 Exemplare, die zweite Auflage 2 500 Exemplare umfasst. Davon seien noch ca. 150 Stück verblieben. Nach Veröffentlichung der Broschüre, die via Pressemitteilung und Netzpolitik beworben worden sei, habe die mabb Anfragen aus der gesamten Republik erhalten, und zwar nicht nur von den über 150 Freifunk-Communities, sondern auch von Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Bildung, beispielsweise von Volkshochschulen oder Universitäten. Keine der in der Broschüre enthaltenen Information sei wirklich neu; alles sei längst im Internet veröffentlicht. Die Broschüre zeichne allerdings aus, dass das Thema verständlich aufbereitet worden sei und man sich nicht durch zig Blogs etc. durcharbeiten müsse.

Die Illustration veranschauliche den nächsten Schritt, nämlich mit Freifunk von den Dächern auf die Straße zu gelangen. Eine auf dem Dach eines Hauses installierte Freifunk-Antenne baue eine Verbindung mit einem Freifunk-Knoten auf der Straße auf. Diese beiden würden sich verbinden und machten dadurch das Netz auf der Straße nutzbar.



Der Knoten auf der Straße müsse allerdings erst einmal eingerichtet werden, andernfalls funkten die Antennen von Dach zu Dach, während auf der Straße nichts ankomme. Es sei noch

weitere Überzeugungsarbeit bei den Bürgerinnen und Bürgern wie auch bei der öffentlichen Hand vonnöten, damit beispielsweise die Rathäuser nicht nur Antennen auf den Dächern installieren ließen, sondern auch einen extra Freifunk-Knoten auf Büroebene einrichteten, der sich mit der Anlage auf dem Dach verbinde, um die erwähnte Verbindung vom Dach auf die Straße, also auf Bürgerebene, zu schaffen.

Die Broschüre habe teilweise auch Anfragen aus der Wirtschaft nach sich gezogen. Viel bewirkt habe aber vor allem die Aufnahme der Freifunker in den Berliner Internetkonten BCIX Anfang 2014. BCIX sei eine Wirtschaftsbranchenvereinigung, in der sich Internetprovider zusammengeschlossen hätten, um auf technischer Ebene miteinander zu kooperieren. Die Mitgliedschaft der Freifunker habe eine Art Ritterschlag als „Vollblutprovider“ bzw. einen Ritterschlag von wirtschaftlich arbeitenden Internet Service Providern bedeutet; die Aufnahme bei BCIX könne auf Branchenebene gar nicht hoch genug bewertet werden.

Das THW nutze stellenweise bereits die Protokolle, die von den Freifunk-Communities entwickelt worden seien, und zwar durch sogenannte mobile Ad-hoc-Netze, die im Katastrophenfall aufgestellt würden. Sei eine Infrastruktur zusammengebrochen, werde in kurzer Zeit ein eigenes, neues Netz aufgebaut. Freifunk-Netze basierten auf dem Prinzip von Ad-hoc-Netzen. In der Broschüre würden einige solcher Beispiele aufgeführt. Als beispielsweise der Hurrikan Sandy New York getroffen habe, sei in einigen Stadtteilen von Brooklyn das IT-Netz zusammengebrochen, während die Freifunk-Netze ob ihrer dezentralen Organisation weiter funktioniert hätten und von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt worden seien, um Katastrophenhilfe zu leisten.

Auf Seite 23 der Broschüre sei u. a. die Anzahl der auf öffentlichen Gebäuden Berlins installierten Freifunk-Antennen aufgeführt – zum Berliner Backbone-Netz des Freifunks gehörten zum Stand Februar 2015 demnach sieben Kirchen, zwei Rathäuser und ein Wasserturm. Dem Beschluss der jeweiligen BVV sei zu verdanken, dass auf dem Rathaus Neukölln und dem Rathaus Kreuzberg Antennen installiert worden seien. Würden die Mitglieder des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement zu Fürsprechern in den einzelnen Rathäusern, wäre ein wichtiger erster Schritt getan. Wesentlich wäre des Weiteren ein optimalerweise bei der Senatskanzlei angesiedelter Ansprechpartner, der eine koordinierende Funktion übernehmen könnte. Im Rahmen der Ausschreibung für das öffentliche WLAN-Netz in Berlin habe sich die Senatskanzlei bei den Bezirken bereits nach öffentlichen Gebäuden erkundigt, die für Freifunk-Installationen interessant sein könnten.

Freifunk könne nicht die Gesetze der Physik verändern. Gefunkt werde im Frequenzbereich 2,4 GHz und 5 GHz; das sei das Frequenzband, das die WLAN-Router, die man zu Hause oder im Büro habe, nutzen. Diese Frequenzbänder seien „Schrottbänder“, sogenannte garbage bands. Trotzdem hätten diese Bänder es geschafft, dass WLAN zu einer Erfolgsgeschichte geworden und in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei – mit dem Wort WLAN könne mittlerweile wohl jeder etwas anfangen, was vor 10, 15 Jahren noch nicht so gewesen sei. Die Frequenzbänder würden noch immer genutzt, obwohl sie sich dadurch auszeichneten, dass kaum eine Wand oder Tür durchdrungen werde. Für ein flächendeckendes WLAN innerhalb des S-Bahnringes würden Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende WLAN-Hotspots benötigt, da der Datenfluss durch vielerlei gehemmt werden könne, beispielsweise durch einen Baum, durch Blätter, Wasser, Wände etc. Dass Staatssekretär Böhning von der flächendeckenden Versorgung Abstand genommen habe, könne er insofern verstehen. Es sei jedoch

möglich, ein Rundfunkspektrum unterhalb von 1 GHz zu nutzen, was für DVB-T, DVB-T2 Verwendung finde. Damit könnten Wände, Bäume und Wasser etc. durchdrungen werden. Wenn WLAN-Technologie in diesem Frequenzbereich, der normalerweise für den Rundfunk vorgesehen sei, funken könnte, wäre eine flächendeckende Infrastruktur möglich. Smartphones und Tablets etc. funkten derzeit nicht in diesem Frequenzbereich. Wenn dieser jedoch für den Einsatz freigegeben würde, folgten die Gerätehersteller dieser Regulierung und würden perspektivisch Geräte anbieten, die WLAN in diesem Frequenzbereich unterstützten. Eine Flächendeckung mit den Frequenzen, die WLAN momentan zur Verfügung habe, werde hingegen nicht gelingen.

Markus Beckedahl (netzpolitik.org) betont, wenn ein flächendeckender Zugang unter den derzeitigen Bedingungen vielleicht nicht in Gänze möglich sei, so sollte das Ziel eines möglichst überall verfügbaren niedrighwelligen Internetzugangs dennoch nicht aufgegeben werden.

Straftaten könnten bei Freifunk genauso verfolgt werden wie bei jedem anderen Provider. Wenn der Polizei eine Strafanzeige vorliege, werde sie über den Provider zur Freifunk-Community gelangen. Bei dem Projekt der mabb mit Kabel Deutschland habe es große Bedenken in Bezug auf Urheberrechtsverletzungen, Straftaten etc. gegeben. Letztlich sei jedoch nicht ein entsprechender Fall bekannt geworden. Hier passiere sehr viel weniger als landläufig angenommen werde. Wenn doch etwas vorkäme, würde der Verstoß in einem rechtsstaatlichen Verfahren verfolgt.

Danny Freymark (CDU) bemerkt, ihm seien Fälle bekannt – nicht von Freifunk, wohl aber in Internetcafés vorgenommene –, bei denen das in seinem ersten Redebeitrag erwähnte Problem durchaus aufgetreten sei.

Markus Beckedahl (netzpolitik.org) wirft ein, dass Verstöße gegen die rechtmäßige Nutzung des Internets wohl kaum zu einem Verbot des Internets führen könnten.

Steffen Meyer-Tippach (mabb) erläutert, das Projekt mit Kabel Deutschland laufe bereits seit fast drei Jahren. Im Oktober 2012 seien 44 Hotspots freigeschaltet worden; das Netz sei sukzessive erweitert worden. Bis heute sei nicht eine IP-Adressanfrage bei Kabel Deutschland eingegangen. Es sei ein Irrglaube anzunehmen, öffentliche WLAN-Netze würden die kriminellen Energien der Nutzer fördern oder freisetzen.

Monic Meisel (Förderverein Freie Netzwerke e. V.) bestätigt ihren Vorredner in dieser Einschätzung. Aus ihrer über dreizehn Jahre währenden Erfahrung könne sie lediglich von einem Fall im deutschsprachigen Raum berichten, bei dem die Polizei um Unterstützung in einer Strafsache bezüglich eines Kreditkartenbetruges gebeten habe. Der Verein habe im Rahmen seiner Möglichkeiten selbstverständlich mit den Strafverfolgungsbehörden kooperiert und werde dies auch weiterhin tun.

Dr. Nadine Plath (SKzl) verweist darauf, dass Staatssekretär Böhning in der Sitzung des Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit des Abgeordnetenhaus von Berlin am 19. Mai 2015 wiederholt habe, dass ein flächendeckendes WLAN-Angebot nicht möglich sei. Es sei nicht zu schaffen, Zehn- oder Hunderttausende Hotspots zu errichten, vor allen Dingen nicht mit einzelnen Unternehmen, bzw. ohne mehrere Millionen

Euro Steuergeld dafür zu investieren. Dies sei aber nicht das Ansinnen der Senatskanzlei. Beim jetzigen WLAN-Projekt habe sie mit möglichst geringen Mitteln viel für die Bevölkerung Berlins wie auch für die Touristen erreichen wollen. Damit werde zwar kein kompletter Aufbau einer flächendeckenden WLAN-Infrastruktur erreicht, allerdings würden die zentralen Plätze Berlins innerhalb des S-Bahnringes wie aber auch die der Randbezirke ausgeleuchtet. Alle Bezirke, die sich beteiligt hätten, sollten auch berücksichtigt werden. Die Hotspots würden somit nicht nur in Mitte installiert, sondern beispielsweise auch an zentralen Plätzen in Treptow-Köpenick, wo sich viele Menschen aufhielten.

Im Rahmen des aktuellen Projekts, das die Senatskanzlei für zwei Jahre mit 170 000 Euro fördere, seien die Bezirke und die BIM aufgefordert worden, Standortlisten von Gebäuden einzureichen, die für WLAN-Hotspots zur Verfügung stünden. Alle Interessenten dieses jetzigen Projektes hätten die Listen anfordern und sich auf die Standorte bewerben können. Die Freifunker hätten die Listen angefordert, sich letztlich aber nicht beworben. Mit der genannten Fördersumme könne nicht der komplette Aufbau der WLAN-Infrastruktur finanziert werden. Für den Aufbau der Hotspots würden sehr viel mehr Kosten anfallen. Einige Bewerber hätten zugesagt, das Geld selbst aufzubringen, weil sie daran mitwirken wollten, dass Berlin mit WLAN-Hotspots versorgt werde.

Alexander Morlang (PIRATEN) wiederholt den Wunsch nach Vertagung der Besprechung, damit der Ausschuss noch einmal über einige der thematisierten Inhalte diskutieren könne.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld bedankt sich bei den Anzuhörenden und hält das Einvernehmen des Ausschusses fest, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Keine Wortmeldungen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aktuelle Berichte aus den Senatsverwaltungen

Staatssekretärin Hella Dunger-Löper (SKzl) verweist auf die für den 22. Juni 2015 geplante konstituierende Sitzung des Beirats zur Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte. – Angesichts der fortgeschrittenen Zeit schlage sie vor, dem Ausschuss die weiteren Informationen zu Punkt 3 der Tagesordnung schriftlich zu übermitteln.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld erklärt den ständigen Tagesordnungspunkt für vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.